



Uwe Kekeritz
Kai Gehring
Steffi Lemke
Omid Nouripour
Heike Hänsel
Eva-Maria Schreiber
Yasmin Fahimi
Sascha Raabe
Frank Schwabe

Mitglieder des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-77346
Fax: +49 30 227-76346
Mail: Uwe.Kekeritz@bundestag.de

Uwe Kekeritz MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Bundesminister des Auswärtigen
Herrn Heiko Maas
10117 Berlin

Zur Kenntnis

Berlin, 06.09.2019

Sorge um die Umwelt- und Menschenrechtsverteidiger der Gemeinde Guapinol und dem Sektor San Pedro (Tocoa, Colón, Honduras)

Sehr geehrter Minister Maas,
sehr geehrte Damen und Herren,

Wir, die Unterzeichnenden, haben erfahren, dass der Abbau von Eisenoxid im ehemals geschützten Gebiet des Nationalparks Montaña de Botaderos das lokale Ökosystem und die Flüsse Guapinol und San Pedro gefährdet und damit das Menschenrecht auf Wasser und auf Gesundheit der Gemeinden in der Region verletzt.

Die Bevölkerung organisierte sich aus diesem Grund in einem Gemeinde-Komitee zur Verteidigung der Gemeinschafts- und öffentlichen Güter. Ungeachtet der Tatsache, dass zwei Gutachten (eines von der staatlichen Forstbehörde ICF von 2014; eines von der Hauptabteilung für Evaluierung und Umweltkontrolle des Umweltministeriums SERNA von 2014) die Nicht-Durchführbarkeit bescheinigten, wird die Eisenoxidförderung fortgesetzt.

Die vom Bergbau betroffene Bevölkerung führt an, ihr sei sowohl das Recht auf rechtliche und umwelttechnische Information verwehrt worden, wie auch das in der honduranischen Gesetzgebung verbriefte Recht auf vorherige Konsultation.

In Anbetracht der Verweigerung dieses Grundrechtes und in Anbetracht der bereits spürbaren Verschmutzung der Flüsse Guapinol und San Pedro wurde am 1. August 2018 ein Protestcamp auf einer öffentlichen Straße errichtet, um die Fortführung der Arbeiten des Unternehmens Inversiones Los Pinares zu verhindern und um die Flüsse zu schützen. Das Protestcamp wurde Ende Oktober 2018 von Polizei und Militär gewaltsam geräumt.

Infolgedessen wurden mehrere Menschenrechtsverteidigerinnen und –Verteidiger aus Guapinol und dem Sektor San Pedro vom Bergbauunternehmen Inversiones Los Pinares wegen illegalem Freiheitsentzug und schwerer Brandstiftung angezeigt. Am Sonntag, den 1. September 2019 wurde Untersuchungshaft von einer Richterin eines Sondergerichtes für organisiertes Verbrechen, Terrorismus und Finanzdelikte mit nationaler Zuständigkeit (Juzgado de letras de jurisdicción nacional territorial en materia penal, Tegucigalpa) angeordnet.



Zivile Beobachter*innen befürchten, dass die Anschuldigungen, die aus den Anzeigen hervorgehen, nicht ausreichend stichhaltig sind und, dass die Behandlung des Falles von einem Sondergericht, das für organisiertes Verbrechen, Terrorismus und Finanzdelikte geschaffen wurde, deutlich macht, dass die Nutzung des Strafrechts in einem ordnungsgemäßen Prozess nicht den internationalen Standards entspricht. Unserer Information nach befindet sich auch eine bereits drei Jahren vor den vermeintlichen Straftaten verstorbene Person auf der Liste der Angeklagten.

Aus diesem Grund ersuchen wir die zuständigen Behörden:

- zu garantieren, dass die Angeklagten als Menschenrechtsverteidiger*innen anerkannt werden, wie es das Menschenrechtsministerium und der Staatliche Mechanismus zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen getan haben.
- zu garantieren, dass die Angeklagten sich in Freiheit vor einem für die ihnen angelasteten Straftaten zuständigen Gericht verteidigen können und dass ihr Recht auf einen fairen, rechtsstaatlichen und transparenten Prozess respektiert wird

Wir bitten zudem darum, die gegenwärtige Praxis zu überprüfen, nach der Verfahren gegen Umwelt- und Menschenrechtsverteidiger*innen und Personen, die ihr demokratisches Recht des sozialen Protestes ausüben, vor einem Sondergericht für organisierte Kriminalität, Terrorismus, etc. mit nationaler Zuständigkeit verhandelt werden.

Des Weiteren sind wir sehr besorgt über den Mord an dem Menschenrechtsaktivisten Roberto Antonio Argueta am 28. August 2019 in Tocoa (Colón).

Wir appellieren daher nachdrücklich an die zuständigen Behörden um sofortige Ermittlung und lückenlose Aufklärung des Verbrechens.

Wir bitten den Staat Honduras, sich an die Empfehlungen zu halten, welche die Arbeitsgruppe zu Unternehmen und Menschenrechten der Vereinten Nationen am 28. August 2019 in ihren vorläufigen Beobachtungen im Anschluss an ihren Besuch in Honduras ausgesprochen hat, insbesondere:

- das Recht auf die Verteidigung der Menschenrechte zu garantieren, wie in der UN-Resolution 53/144 (Erklärung über das Recht und die Verpflichtung von Einzelpersonen, Gruppen und Organen der Gesellschaft, die allgemein anerkannten Menschenrechte und Grundfreiheiten zu fördern und zu schützen) verankert ist.
- Maßnahmen zu ergreifen, um das Leben, die Integrität und der vom Projekt des Unternehmens Inversiones Los Pinares betroffene Bevölkerung in Guapinol und dem Sektor San Pedro die freie Ausübung ihrer Rechte zu garantieren
- das Recht auf Konsultation, den Zugang zu notwendiger Information zu den Bergbaukonzessionen und Umweltgenehmigungen und den Zugang zur Justiz für die betroffene Bevölkerung zu garantieren



Mit freundlichen Grüßen,

Uwe Kekeritz

Stellvertretender Vorsitzender im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Sprecher für Entwicklungspolitik Bündnis 90/Die Grünen

Kai Gehring

Bündnis 90/Die Grünen
Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Steffi Lemke

Parlamentarische Geschäftsführerin und
Sprecherin für Naturschutz, Bündnis 90/Die Grünen

Omid Nouripour

Sprecher für Außenpolitik, Bündnis 90/Die Grünen
Obman im Auswärtigen Ausschuss

Yasmin Fahimi

SPD
Sprecherin des Gesprächskreises und Berichterstatterin für Lateinamerika und die Karibik



Dr. Sascha Raabe

Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, SPD-Bundestagsfraktion
Stellv. Vorsitzender der Deutsch-Mittelamerikanischen Parlamentariergruppe

Frank Schwabe

Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Heike Hänsel

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Die Linke
Vorsitzende der Deutsch-Mittelamerikanischen Parlamentariergruppe

Eva-Maria Schreiber

Die Linke
Mitglied im Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung